

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert Betriebsrats-Mobbing bei der Luftsicherheitsfirma I-SEC am Frankfurter Flughafen

Die Firma [I-SEC Deutsche Luftsicherheit GmbH](#) führt am Frankfurter Flughafen im Auftrag der Bundespolizei Luftsicherheitskontrollen durch. Das Unternehmen beschäftigt ca. 1400 Mitarbeiter. Seit mehreren Jahren setzt sich der Betriebsrat für bessere Arbeitsbedingungen ein, und befindet sich dabei in der Auseinandersetzung mit der Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung hat den bekannten Rechtsanwalt [Helmut Naujoks](#) engagiert. Am 6. September wurde beim Betriebsrat die Zustimmung zur Kündigung des Betriebsrats-Vorsitzenden beantragt. Weiterhin wurde diesem eine „Anfechtung“ seines Arbeitsvertrages übergeben. Auf Grund teilweise hanebüchener Vorwürfe und unter Missachtung des besonderen Kündigungsschutzes wurde sein Arbeitsvertrag für „nichtig“ erklärt. Außerdem wurde sein Flughafenausweis einbehalten und ihm wurde Hausverbot erteilt. „Der Rauschmeißer“ ([Zitat Süddeutsche Zeitung](#)) Naujoks versucht außerdem im Auftrag des Geschäftsführers Herrn Glenn Murphy den Betriebsrat vom Arbeitsgericht absetzen zu lassen.

Seit Monaten versucht der Betriebsrat Verbesserungen im Bereich Dienstplanung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Einhaltung von Tarifverträgen durchzusetzen. Als der Betriebsrat eine Betriebsversammlung vorbereitete und die noch offenen Angelegenheiten gerichtlich klären lassen wollte, eskalierte der Konflikt. Mit unlauteren Methoden wird die Mitbestimmung im Unternehmen behindert.

„Dass dies bei einer Firma vorkommt, deren Mitarbeiter im Auftrag der Bundespolizei hoheitliche Aufgaben ausüben, ist ein starkes Stück“ so Guido Jurock, Gewerkschaftssekretär vom Fachbereich Besondere Dienstleistungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Der Landesfachbereichsleiter Mathias Venema ergänzte: „Wir sehen durch dieses Vorgehen auch die Sicherheit des Luftverkehrs gefährdet. Wie sollen sich die Mitarbeiter auf die Kontrollen konzentrieren, wenn sie gleichzeitig jederzeit mit einer rechtswidrigen Kündigung rechnen müssen? Hier ist der Auftraggeber gefragt. Das Bundesinnenministerium muss diesem Treiben sofort ein Ende setzen! Es kann ja wohl nicht sein, dass der Minister de Maizière bei seinem Auftragnehmer ein solches Treiben duldet.“

ver.di fordert den Geschäftsführer Herrn Murphy auf, mit dem Betriebsrat wieder im Sinne der Beschäftigten zusammenzuarbeiten. Für den Fall dass Herr Murphy weiter die Auseinandersetzung sucht, prüft die Gewerkschaft derzeit rechtliche Schritte. „Wir hoffen, dass es nicht notwendig sein wird, die Beschäftigten mit allen uns zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen

Mitteln zu schützen. Die von der deutschen Gewerkschaftsbewegung über Jahrzehnte erstrittenen Arbeitnehmerrechte stehen für uns aber nicht zur Verhandlung. Jedem betroffenen ver.di-Mitglied werden wir selbstverständlich Rechtsschutz gewähren“, so Guido Jurock abschließend.

Presserechtlich verantwortlich: Ute Fritzel (Pressestelle)

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (**ver.di**), Landesbezirk Hessen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77 (Postfach 20 02 55), 60606 Frankfurt am Main
Festnetz: (069) 2569-1110, Mobil: 0170 8142532, www.hessen.verdi.de
E-Mail: ute.fritzel@verdi.de, Fax: (069) 2569-1199